

Handelskammer fordert »Bürokratieabbau«



V.l.n.r.: Christel Chatelain, Carlo Thelen und Stéphanie Damgé

(Foto: ZLV)

Nach dem Vorwurf ihres Direktors Carlo Thelen an die Gewerkschaftsfront aus OGBL und LCGB, sie wolle eine »Modernisierung« des Landes verhindern, hat sich die Handelskammer wieder direkt an die Regierung gewandt und einen »Reformstau« beklagt, den es – wie schon im Koalitionsabkommen zwischen CSV und DP angekündigt – durch einen möglichst umfassenden »Bürokratieabbau« zugunsten der Unternehmen zu beseitigen gelte. Das am Dienstag präsentierte »Wirtschaftsbarometer« für das erste Halbjahr ist dementsprechend mit der Scheinfrage »Le Luxembourg, un pays en manque de réformes ?« betitelt.

Darin heißt es zwar ganz am Anfang, von den befragten

Betrieben mit mindestens sechs Lohnabhängigen könnten 77 Prozent, also mehr als drei von vier, nicht sagen, wie hoch die personelle und/oder finanzielle Belastung durch die »bürokratische Last« ist, dennoch hätten von den befragten Betriebsleitern sieben von zehn erklärt, der hohe Verwaltungsaufwand und die damit einhergehenden Kosten würden die Rentabilität ihres Unternehmens senken.

Wie Direktoriumsmitglied Christel Chatelain ausführte, hätten nur drei Prozent der Unternehmen in den vergangenen zwölf Monaten eine Vereinfachung der administrativen Verfahren feststellen können, während 35 Prozent der Meinung seien, sie seien sogar noch komplexer geworden. Auffallend sei, daß kein

einziges Unternehmen mit mehr als 250 Lohnabhängigen etwas von Bürokratieabbau gespürt habe. Der administrative Aufwand sei zu einem »strukturellen Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe« geworden, bedauerte Direktoriumsmitglied Stéphanie Damgé.

Zum allgemeinen »Geschäftsklima« im Land hieß es, das habe sich unter anderem wegen der gesunkenen Zinssätze leicht verbessert. Und selbst diese leichte Verbesserung sei angesichts von mehreren Kriegen und dem von USA-Präsident Donald Trump angerichteten »Chaos im Welthandel« sowie einer weiterhin »moderaten« Nachfrage »sehr fragil und ungleichmäßig«, betonte Direktor Thelen. Deshalb forderten

die Unternehmen die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle, die mit den verschiedenen Behörden vernetzt ist.

Zum »mittelfristigen Vertrauen der Entscheidungsträger in die Zukunft ihrer Unternehmen« hieß es gestern von der Handelskammer, dieses verharre »seit Ende 2022 auf dem niedrigsten Stand seit 2019«. Den stärksten »Vertrauensverlust« habe es in den letzten sechs Monaten bei Finanzdienstleistern, im Verkehrssektor und im Horeca gegeben. Kleinbetriebe mit weniger als zehn Lohnabhängigen seien »am wenigsten zuversichtlich«, während die Entscheidungsträger von Industrieunternehmen wieder mehr Vertrauen in die Zukunft hätten. Möglicherweise liege das an neuen EU-Vorgaben zur »Reindustrialisierung« – vor allem mittels Aufrüstung. Auch Bauunternehmen blickten optimistischer in die Zukunft.

Zur erwarteten Beschäftigungsentwicklung hieß es, angesichts fragiler Rentabilitätsaussichten planten derzeit 18 Prozent der Unternehmen im Land Neueinstellungen, während 13 Prozent von einem Arbeitsplatzabbau ausgingen. Die Rentabilitätsaussichten würden von gut der Hälfte der Unternehmen als stabil eingeschätzt, mit einem Rückgang rechneten 24 Prozent – vor allem Industrie- und Handelsunternehmen. Gut die Hälfte der Unternehmen wollen ihre Investitionen stabil halten, ein Viertel will sie senken und zwei von zehn wollen sie erhöhen.

oe